

Christine Bauhardt

Gleichheit – Differenz – Öffentlichkeit: Demokratie und öffentlicher Raum

Wenn vom öffentlichen Raum die Rede ist, dann scheinen einige Evidenzen auf der Hand zu liegen. Der öffentliche Raum ist der Raum, der nicht privat angeeignet ist, zu dem es keine Zutrittsbeschränkungen gibt und der als Allgemeinut allen Menschen zur Verfügung steht oder stehen sollte. Es wird beim öffentlichen Raum davon ausgegangen, dass er vielfältig nutzbar ist und dass unterschiedliche NutzerInnen und Nutzergruppen sich dort temporär aufhalten können. Idealerweise gibt es im öffentlichen Raum keine Konflikte, die aus seiner Nutzung resultieren. Sowohl PlanerInnen als auch StadtbewohnerInnen wissen, dass dieses Idealbild nicht der gelebten Realität entspricht, wahrscheinlich noch nie entsprochen hat. Dennoch ist der Begriff der Öffentlichkeit eine zentrale Referenz in der räumlichen Planung, da Planung Öffentlichkeit und öffentliche Räume gestaltet.

Öffentlichkeit steht ebenso im Zentrum der politischen Debatte, denn das Öffentliche ist das Politische, die Öffentlichkeit der Raum der Demokratie. Demokratie und öffentlicher Raum scheinen also eng miteinander verbunden zu sein. Kann uns die theoretische Debatte über diese beiden Konzepte weiterbringen, um etwas herauszufinden über die Probleme, aber auch die Potentiale des städtischen öffentlichen Raums, über die wir aktuell sprechen? In meinem Beitrag werde ich versuchen, die disziplinär recht unterschiedlichen Ansätze zum Thema Öffentlichkeit darzustellen und für die Aufgabenstellungen der Praxis räumlicher Planung nutzbar zu machen.

Politik wird bekanntlich verstanden als die Regelung öffentlicher Angelegenheiten. Die Politikwissenschaft fragt danach, wie Gesellschaften verfasst sind, welche Institutionen Gesellschaften sich gegeben haben, um das Gemeinwesen zu organisieren und wie diese Organisation möglichst demokratisch gestaltet werden kann. Der Gegenstand der Politischen Theorie, das Politische, konstituiert sich über den Ausschluss des Privaten, also des Nicht-Öffentlichen. Dieses Gegensatzpaar von Öffentlichkeit und Privatheit ist grundlegend für die Konzeption moderner westlicher Gesellschaften. Die Trennung der beiden Sphären gilt geradezu als Bedingung für die Entwicklung von demokratischen politischen Systemen.

Gleichzeitig ist die Trennung von öffentlichem und privatem Raum ein zentrales Charakteristikum der europäischen Stadt. Öffentlichkeit und öffentliche Räume haben für die Entwicklung der Städte in Europa eine ganz zentrale Bedeutung, ihre Form, ihr Aussehen obliegt der planerischen und architektonischen Gestaltung. Die Entwicklung von öffentlichen Räumen ist in Europa nicht sich selbst

überlassen, sondern öffentliche Räume werden als Gemeingut und ihre Gestaltung damit als eine gesellschaftliche Aufgabe verstanden. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern stellt eher eine Ausnahmesituation dar, wie ein kurzer Vergleich mit US-amerikanischen Städten oder gar mit den Megalopolen in den Entwicklungs- und Schwellenländern zeigt.

Interessanterweise, vielleicht auch: irritierenderweise werden die beiden Konzepte von Öffentlichkeit als dem Raum von Politik und Demokratie und Öffentlichkeit als öffentlichem Raum in der Stadt kaum gemeinsam behandelt. Die Politikwissenschaft beschäftigt sich mit der Öffentlichkeit als einer quasi raumlosen Sphäre, oder anders gesagt: Als Räume der politischen Öffentlichkeit gelten das Parlament oder die Medien – die Stadt und ihre öffentlichen Räume sucht man in der Politikwissenschaft vergebens.

Etwas Ähnliches kann für die Stadtplanung gesagt werden: Hier findet man wohl häufig emphatische Verweise darauf, dass der öffentliche Raum grundlegend für demokratische Prozesse sei, aber was das genau bedeutet, auf welche Weise im städtischen Raum tatsächlich Demokratie praktiziert wird, darauf lässt sich in der planungsbezogenen Literatur kaum etwas Substantielles finden. Könnte es sein, dass die Öffentlichkeit der Politik und die Öffentlichkeit der Stadt gar nicht so einfach miteinander in Beziehung gesetzt werden können?

Dieser Frage möchte ich im Folgenden nachgehen, indem ich Ihnen zunächst die Konzeption der öffentlichen als der politischen Sphäre skizziere und im Anschluss daran cursorisch auf den öffentlichen Raum in der Planungsdebatte Bezug nehme. Abschließend werde ich versuchen, eine vorläufige Antwort zu geben auf die Frage, ob und wie demokratische Öffentlichkeit und öffentlicher Raum in der Stadt sich gegenseitig bedingen.

1. Öffentlichkeit und Demokratie

Das Konzept Öffentlichkeit versteht sich als der Gegenpol zur Sphäre des Privaten. Wichtiger Bezugspunkt für eine Diskussion der beiden Sphären ist die Rekonstruktion der griechischen Polis durch Hannah Arendt. Sie verweist auf die scharfe Trennung zwischen dem Handeln und Sprechen in der Öffentlichkeit und der Sphäre des Haushalts als dem Ort des Tätigseins im griechischen Denken. Alles politische Handeln vollzieht sich durch Sprechen, so Hannah Arendt in der *Vita activa* (Arendt ¹¹1999/1958), stumm ist nur die Gewalt (ebd., S. 36f.): „Politisch zu sein, in einer Polis zu leben, das hieß, dass alle Angelegenheiten vermittels der Worte, die überzeugen können, geregelt werden und nicht durch Zwang und Gewalt.“ Insofern ist der Raum der Polis „das Reich der Freiheit“ (ebd., S. 40), dem Zwang und Gewalt fremd sind und in dem sich Gleiche begegnen, die als Sprechende handelnd den politischen Raum erschaffen.

In scharfem Gegensatz dazu zeichnet sich der Bereich des Haushalts als Ort der Unfreiheit ab, in dem Menschen sich nicht als Gleiche begegnen, sondern wo die Lebensnotwendigkeiten das Tätigsein „durchherrschen“ (ebd., S. 40). Der Umgang des Familienoberhaupts im Haushalt war durch die Ausübung „despotischer Macht“ geprägt, entsprechend galt den Griechen „andere durch Gewalt zu zwingen, zu befehlen statt zu überzeugen (...) als eine gleichsam präpolitische Art des Menschengangs“ (ebd., S. 37). Während also die Polis die Sphäre der Freien und Gleichen umfasst, die im gemeinsamen Sprechen Öffentlichkeit schaffen, beruht die Sphäre des Privaten, der Haushaltsordnung auf Ungleichheit und zwar quasi zwingend, da die Notwendigkeit der Überlebenssicherung dies erforderte. Die Privatheit in der klassischen Antike ist der Ort des Ökonomischen, des Materiellen, der von der Sphäre der Öffentlichkeit scharf abgegrenzt war, so Hannah Arendt.

In der Auseinandersetzung mit Hannah Arendts *Vita activa* haben viele TheoretikerInnen des Politischen ihre Argumentation geschärft. Insbesondere aus feministischer Perspektive wurde diese Konzeption kritisiert, da die Auffassung der griechischen Polis von Freiheit und Gleichheit in der Öffentlichkeit ausschließlich auf besitzende Männer zutrifft, während Sklaven und Frauen qua Definition dem Reich der Notwendigkeit zugeordnet wurden: Sie waren ja diejenigen, die die Überlebenssicherung im Haushalt gewährleisteten. Ihnen war der Zugang zum Sprechen und Handeln in der Öffentlichkeit ebenso verwehrt wie der Anspruch auf Freiheit und Gleichheit. Frauen und Sklaven sind die Anderen einer so verstandenen Öffentlichkeit.

Dennoch argumentiert beispielsweise die feministische Demokratietheoretikerin Barbara Holland-Cunz für die Aufrechterhaltung der „*Eigenständigkeit* des Öffentlichen“ (Holland-Cunz 1994, S. 242; Hervorhg. im Orig.) und gegen eine Vermischung der Sphären, zumindest im Hinblick auf die Formen des Sprechens in der Öffentlichkeit. Ihre Kritik setzt an bei der Übertragung der Kommunikationsformen des Privaten in die öffentliche Sphäre, nicht der Themen, die öffentlich verhandelt werden. Sie plädiert für eine „feministische politische Theorie des eigenständigen Öffentlichen“, die die Inhalte der Sphäre der Privatheit, aber nicht die Formen ihrer Kommunikation im Öffentlichen verankert (ebd., S. 244f.).

Für unseren Kontext ist diese Überlegung relevant, weil sie den Arendtschen Ansatz anschlussfähig für eine Diskussion des öffentlichen Raumes hält, ohne die problematischen Aspekte des Konzepts, nämlich die Ausblendung des Ökonomischen, aus dem Blick zu verlieren. Ich komme deshalb nochmals zurück zu Hannah Arendt und dem bei ihr entwickelten Verständnis des öffentlichen Raums. Der Begriff „öffentlich“ beinhaltet bei ihr zwei Phänomene. Zum einen bedeutet Öffentlichkeit die Sicht- und Hörbarkeit von anderen Menschen – durch die Präsenz kommt ihnen und der Welt „Wirklichkeit“ zu (Arendt

¹¹1999/1958, S. 62): „Die Gegenwart anderer, die sehen, was wir sehen, und hören, was wir hören, versichert uns der Realität der Welt und unser selbst“ (ebd., S. 63). Der öffentliche Raum ist der Raum, „in den etwas aus der Dunkelheit des Verborgenen und Geborgenen heraustreten kann“, der öffentliche Raum hat „Leuchtkraft“, dessen Licht „blendend unerbittlich“ ist (ebd., S. 64). Diese Unerbittlichkeit verweist darauf, dass die Öffentlichkeit kein heimeliger Ort ist, kein Ort der Gefühllichkeit oder der Harmonie.

Das Öffentliche ist zum zweiten „die Welt selbst“, das Gemeinsame zwischen Menschen und ihren Angelegenheiten (ebd., S. 65), „das Interesse an einer ihnen gemeinsamen Welt“ (ebd., S. 66). Diese gemeinsame Welt überdauert das individuelle menschliche Leben, sie liegt außerhalb unserer selbst: „Die Welt haben wir nicht nur gemeinsam mit denen, die mit uns leben, sondern auch mit denen, die vor uns waren, und denen, die nach uns kommen werden. (...) Dass Menschen sich in die Öffentlichkeit überhaupt wagten, ist durch lange Jahrhunderte, eigentlich bis zum Anbruch der Neuzeit, nur dem geschuldet gewesen, dass sie ein Eigenes oder ein Gemeinsames dauerhafter machen wollten als ihr irdisches Leben“ (ebd., S. 69).

Für die Politische Theorie ist die Arendtsche Analyse der Öffentlichkeit äußerst fruchtbar geworden, und viele TheoretikerInnen haben sich in der Folge in unterschiedlicher Weise auf diese Autorin bezogen. Besonders interessant sind dabei die Ausführungen von Jürgen Habermas zum *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (Habermas ¹³1982/1962) und seine Diskursethik (Habermas 1983). Im Zentrum seiner Überlegungen steht dabei die These, dass Öffentlichkeit diskursiv bestimmt wird und dass sich Öffentlichkeit durch das Sprechen der vernunftbegabten Teilnehmenden am Diskurs herstellt. Im öffentlichen Diskurs werden für das Gemeinwohl relevante Themen verhandelt. Um am Diskurs teilnehmen zu können, müssen die Teilnehmenden bestimmte Regeln beachten und deren Geltung anerkennen (vgl. Ritter 2008, S. 31).

Diese Diskursregeln beschreibt Habermas (1983, S. 99) folgendermaßen¹:

- „(3.1) Jedes sprach- und handlungsfähige Subjekt darf an den Diskursen teilnehmen.
- (3.2) a. Jeder darf jede Behauptung problematisieren.
- b. Jeder darf jede Behauptung in den Diskurs einführen.
- c. Jeder darf seine Einstellungen, Wünsche und Bedürfnisse äußern.

¹ Diese Diskursregeln gelten als Voraussetzung für den Wettbewerb um kooperative Wahrheitssuche. Die anderen Regeln beziehen sich z.B. darauf, dass kein Sprecher sich widersprechen darf oder dass verschiedene Sprecher den gleichen Ausdruck nicht mit verschiedenen Bedeutungen benutzen dürfen. Diese hier genannten Regeln haben nach Habermas keinen ethischen, sondern logischen bzw. semantischen Gehalt. Außerdem verweist er auf Kompetenz- und Relevanzregeln für den Diskurs wie z.B. jeder Sprecher darf nur das behaupten, was er selbst glaubt (Habermas 1983, S. 97f.).

- (3.3) Kein Sprecher darf durch innerhalb oder außerhalb des Diskurses herrschenden Zwang daran gehindert werden, seine in (3.1) und (3.2) festgelegten Rechte wahrzunehmen.“

Hier scheint deutlich die Grundthese von Hannah Arendt wieder auf, die Öffentlichkeit als einen Raum konzipiert, der durch sprachliches Handeln entsteht und in dem gemeinwohlrelevante Fragen verhandelt werden. Habermas ergänzt und konkretisiert dieses Konzept durch die Idee der Diskursregeln. Diese ermöglichen einerseits, Verfahren dafür zur Verfügung zu stellen, dass tatsächlich Gleichheit im Zugang zum öffentlichen Diskurs gesichert und niemand durch Zwang oder Gewalt an der Teilnahme am Diskurs gehindert wird. Andererseits erweitert seine Konzeption den Arendtschen Öffentlichkeitsbegriff um die Inhalte des Diskurses, indem prinzipiell jedes Thema, jede Behauptung, jeder Wunsch und jedes Bedürfnis in den öffentlichen Diskurs eingeführt werden kann.

Dies verweist uns wiederum zurück auf die feministische Demokratietheorie, wie sie zum Beispiel von Barbara Holland-Cunz vertreten wird (vgl. oben). Sie betont genau diesen Aspekt der Formen des öffentlichen Sprechens, wenn sie „den gleichsam innersten Kern von Demokratie (...) in der Generierung von gerechten Verfahren der Kommunikation“ (Holland Cunz 1994, S. 243) sieht. Im Rahmen des geregelten öffentlichen Diskurses können auch die Inhalte des Privaten zu einem verhandelbaren Gegenstand der gemeinsamen Welt werden.

Ganz ähnlich argumentiert auch Seyla Benhabib (1991), die an das prozedurale Verständnis des öffentlichen Raums bei Arendt anschließt. Sie sagt: „Wichtig ist hier nicht so sehr, was Gegenstand des öffentlichen Diskurses ist, als vielmehr die Art und Weise, wie dieser Diskurs stattfindet“ (Benhabib 1991, S. 153), nämlich frei von Zwang und Gewalt. Sie zeigt an der historischen Entwicklung, wie sich die Gegenstände der öffentlichen Debatte erweitert haben. Verschiedene Emanzipationsbewegungen haben das Spektrum des öffentlich Verhandelbaren vergrößert: Die Arbeiterklasse hat die Eigentumsverhältnisse auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt, die Emanzipation der Frauen hat die Machtverhältnisse im sogenannten Privaten ans Licht der Öffentlichkeit gebracht, Nicht-Weiße und Nicht-Christen haben kulturelle Fragen der Selbst- und Fremdidentifikation zu einer öffentlich zu debattierenden Angelegenheit gemacht. Daraus lässt sich mit Benhabib schließen: „Der Kampf darum, was mit auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt wird, ist selbst ein Kampf um Gerechtigkeit und Freiheit“ (ebd., S. 152).

Mit Habermas und mit Benhabib gedacht wird damit auch die Differenz zu einer Kategorie der Öffentlichkeit, indem nämlich die Anderen durch die Regeln des Diskurses sprachmächtig werden: Jedes sprach- und handlungsfähige Subjekt darf an den Diskursen teilnehmen und kein Sprecher darf durch innerhalb oder

außerhalb des Diskurses herrschenden Zwang daran gehindert werden, seine Rechte wahrzunehmen, so Habermas – aber, und das erscheint mir interessant, durch die Partizipation am Diskurs werden sie zu Gleichen in dem Sinne, dass jeder jede Behauptung problematisieren darf, jeder jede Behauptung in den Diskurs einführen darf, jeder seine Einstellungen, Wünsche und Bedürfnisse äußern darf. Von daher gibt es eigentlich kein prinzipielles Außerhalb der demokratischen Kommunikation mehr.

Dennoch dürfen wir uns den öffentlichen Diskurs nicht als eine spannungs- und konfliktfreie Begegnung von Individuen und Gruppen vorstellen, die sich losgelöst von subjektiven Interessen und Sichtweisen die gemeinsame Welt erschaffen. Jedes Sprechen ist in bereits vorsprachlich bestehende Ungleichheitsverhältnisse eingebettet, worauf Nancy Fraser (2001) mit Nachdruck hinweist. Sie kritisiert, dass das diskursethische Modell der Demokratie nach Habermas unterstelle, dass die am Diskurs Beteiligten „solche Merkmale wie Unterschiede der Geburt und des Vermögens außer acht lassen und miteinander reden, als ob sie sozial und wirtschaftlich Gleichgestellte seien. Die Betonung liegt hier auf dem ‚als ob‘“ (Fraser 2001, S. 122). Dabei könne die öffentliche Verhandlung „der Herrschaft als Maske dienen“ (ebd., S. 123), denn das „Ausklammern [von sozialer Ungleichheit] wirkt sich gewöhnlich zum Vorteil dominanter Gruppen und zum Nachteil untergeordneter Gruppen in der Gesellschaft aus“ (ebd., S. 124). Deshalb plädiert Fraser für die Konkurrenz verschiedener Öffentlichkeiten, die einerseits autonom und souverän agieren und andererseits in Auseinandersetzung miteinander um eine demokratische Regelung ihrer verschiedenen Anliegen ringen.

Die bisherige Diskussion demokratiethoretischer Auffassungen von Öffentlichkeit, öffentlichem Diskurs und öffentlichem Raum hat gezeigt, dass meine These, die politische Theorie habe keinen Begriff von der Öffentlichkeit als einem Raum, weitgehend zutrifft. Denn in spätkapitalistischen Gesellschaften findet demokratische Kommunikation nicht mehr wie in der klassischen Antike in der Agora statt, und in der Postmoderne treffen wir uns auch nicht mehr auf dem Marktplatz, um die gemeinwohlorientierten Angelegenheiten zu regeln. Als Ersatz dafür werden gerne der globale Marktplatz des Internets und seine unendlichen Kommunikationsmöglichkeiten angepriesen. Politische Öffentlichkeit ist delegiert an Parlamente und an die Medien, dort findet – angeblich – die Demokratie statt².

Von der prozeduralen Diskurstheorie ausgehend ist es eine logische Konsequenz, dass die Öffentlichkeit in der politischen Theorie so merkwürdig raumlos ist. In der politischen Theorie ist der öffentliche Raum eigentlich kein Raum, sondern er ist quasi das, was übrig bleibt, wenn man die Privatsphäre der be-

² Mir ist bewusst, dass die direktdemokratischen Verfahren der Schweiz ihr einen Sonderstatus innerhalb der westlichen Demokratien einräumen.

rühmten eigenen vier Wände aus ihm heraus schneidet. Die Privatsphäre hat einen Ort, nämlich die Wohnung, deren Unantastbarkeit einen hohen politischen Stellenwert genießt. Aber die Öffentlichkeit? Knüpft man an das gerade entwickelte diskurstheoretische Verständnis an, dann wäre politische Öffentlichkeit allein durch die Regelung der Kommunikationsverfahren definiert und an keinen Raum gebunden. Ganz ähnlich versteht Martina Ritter in ihrer aktuellen Studie zur Dynamik von Öffentlichkeit und Privatheit in modernen Gesellschaften Öffentlichkeiten³ nicht als „topographisch ein- und abgrenzbaren Raum“, sondern als „symbolische Orte (...), die immer da entstehen, wo Debatten bzw. Auseinandersetzungen um Fragen politischer und normativer Relevanz betroffen sind“ (Ritter 2008, S. 39).

2. Öffentlichkeit und Stadt

Ich komme also jetzt zu der Frage, wie die Stadtplanung den Begriff der Öffentlichkeit versteht. Dabei kann ich mich deutlich kürzer fassen, denn die Debatte um den Stadtraum als einen Raum von Öffentlichkeit und Demokratie wird hier weniger konzeptionell als pragmatisch-praktisch geführt. Als öffentlicher Raum gilt der Raum, dessen Zugänglichkeit nicht durch private Interessen eingeschränkt wird. Er ist ein Raum, der nicht durch ökonomische Verwertung überformt ist und der prinzipiell allen Menschen zur Nutzung und zum Aufenthalt offen steht bzw. offen stehen sollte.

An dieser Formulierung wird schon deutlich, dass die prinzipielle Offenheit und Zugänglichkeit des öffentlichen Raumes inzwischen fraglich geworden ist. Es ist zunehmend von einem Funktionsverlust des öffentlichen Raums⁴ die Rede, so der Planungstheoretiker Klaus Selle (2003). In früheren Zeiten hatte der öffentliche Raum in der Stadt vielfältige Funktionen, er war der Ort der Darstellung von Macht und Gegenmacht, er bot Raum für Handel und Produktion und für die Begegnung von Menschen, deren Alltag sich vor der Automatisierung auf der Straße oder auf öffentlichen Plätzen abspielte. Insbesondere da die Wohnungen klein und überbelegt waren, musste ein Teil der alltäglichen Betätigungen außerhalb von Gebäuden, also im öffentlichen Raum stattfinden.

³ Der Plural ist hier nicht zufällig. Er verweist auf die Ausdifferenzierung von Kontexten, in denen sprechend gehandelt wird: „Die Orte des Öffentlichen wurden vervielfältigt und Öffentlichkeit ist demnach dort, wo Subjekte miteinander in einen Diskurs eintreten und sich bemühen, ihre Interessen und Vorstellungen mit den Interessen der Gesellschaft zusammenzudenken“ (Ritter 2008, S. 114). Von Öffentlichkeiten im Plural spricht auch Nancy Fraser (2001), die davon ausgeht, dass eine Vielzahl von konkurrierenden Öffentlichkeiten überhaupt erst zu partizipatorischer Gleichstellung unterschiedlicher Gruppen am Diskurs führt. Nach ihrer Konzeption stehen die hegemoniale Öffentlichkeit und „subalterne Gegenöffentlichkeiten“ (Fraser 2001, S. 129) in notwendiger Opposition.

⁴ Die These vom Funktionsverlust des öffentlichen Raums steht in spannungsreichem Widerspruch zur Übernutzung des öffentlichen Raums und den daraus resultierenden Nutzungskonflikten, die im Mittelpunkt der Tagung standen.

Im Unterschied dazu, so wird heute oft beklagt, habe der öffentliche Raum seine Qualitäten, die auf der Vielfalt von Aktivitäten und Kommunikation von Menschen basierte, verloren. Dafür werden unterschiedliche Ursachen angeführt. Das bereits genannte Internet ist ein solcher Faktor, aber dagegen muss man einwenden, dass bereits vor der Kommunikation im virtuellen Raum öffentliche Kommunikation vor allem medial vermittelte Kommunikation war. Auch die griechische Agora als der Ort der politischen Verhandlung wurde schon vor geraumer Zeit von institutionellen Räumen abgelöst. Die Ökonomie versteht sich als ein privates Handlungsfeld, und die Frage der öffentlichen, d.h. politischen Gestaltung von ökonomischen Prozessen ist unter kapitalistischen Verhältnissen höchst strittig. Die Verkehrsfunktion hat sich seit der Massenmotorisierung alle anderen Aktivitäten im öffentlichen Raum untergeordnet und sie weitgehend verdrängt. Wir sollten also auch nicht einer Idealisierung des öffentlichen Stadtraums erliegen, die in Abgrenzung zur These des Funktionsverlustes von Öffentlichkeit häufig als positives Gegenbild entworfen wird.

Aber dennoch hat der Bezug auf Öffentlichkeit als einem Raum der Kommunikation, der Begegnungen, von Macht und Gegenmacht, als einem Raum von Vielfalt und Differenz für die Diskussion um die Planung und Gestaltung des öffentlichen Stadtraumes etwas sehr Faszinierendes. Auch und gerade in der Diskussion von feministischen Stadtforscherinnen und Stadtplanerinnen kommt dem öffentlichen Raum eine zentrale Rolle für die gleichberechtigte Partizipation unterschiedlicher Menschen am städtischen Leben zu (vgl. Paravicini u.a. 2002, Bauhardt 2004). Gerade weil das Verhältnis von Frauen zum öffentlichen Raum der Stadt historisch prekär ist, ist die Präsenz von Frauen (und Anderen) dort nicht selbstverständlich (vgl. Frank 2003).

Deshalb komme ich hier nochmals auf den demokratietheoretischen Ansatz bei Hannah Arendt zurück. Besonders interessant für unseren Zusammenhang erscheint mir die Konzeption der Öffentlichkeit bei Hannah Arendt deshalb, weil bei ihr Öffentlichkeit tatsächlich als öffentlicher Raum gedacht wird. In diesem agieren konkrete Menschen, die selbst schauen und von anderen gesehen werden, die sprechen und von anderen gehört werden, ihre Präsenz schafft Wirklichkeit und durch ihre verschiedenen Verortungen und Perspektiven entsteht die gemeinsame Welt (vgl. Arendt ¹¹1999/1958, S. 62f.). Dieses Bild ist natürlich den Verhältnissen des klassischen Athen entlehnt und entspricht, wie gesagt, kaum den realen Bedingungen von Öffentlichkeit in der medialen und technisch vernetzten Welt, in der wir heute in (post)modernen Gesellschaften leben. Und dennoch können wir uns fragen, inwieweit eine solche Vision als Utopie dafür taugt, eine Vorstellung von einem öffentlichen Stadtraum zu entwickeln, die als positives Gegenbild zu den heutzutage doch eher pessimistischen Einschätzungen des öffentlichen Raumes dienen könnte.

Dem öffentlichen Raum liegt in der Konzeption von Hannah Arendt ein höchst emphatisches Verständnis zugrunde. In diesem Raum wird gemeinsame Welt erschaffen, eine Welt, die das einzelne Leben überdauert und überindividuelle Zeitlichkeit erzeugt. Öffentlichkeit entsteht nach dieser Konzeption „aus der gleichzeitigen Anwesenheit zahlloser Aspekte und Perspektiven“ (ebd., S. 71). Die Einzelnen, die in diesem Raum zusammen kommen, nehmen unterschiedliche Plätze darin ein, und das Spannende dieser Situation ergibt sich aus der Verschiedenheit der Standpunkte: „Das von Anderen Gesehen- und Gehörtwerden erhält seine Bedeutsamkeit von der Tatsache, dass ein jeder von einer anderen Position aus sieht und hört“ (ebd.). Die gemeinsame Welt entsteht daraus, dass trotz der unterschiedlichen Positionen und Perspektiven sich alle mit der gleichen Sache, „demselben Gegenstand“ (ebd., S. 72) befassen: „Eine gemeinsame Welt verschwindet, wenn sie nur noch unter einem Aspekt gesehen wird; sie existiert überhaupt nur in der Vielfalt ihrer Perspektiven“ (ebd., S. 73), so endet der Abschnitt zum öffentlichen Raum bei Hannah Arendt.

So könnte also vielleicht der demokratiethoretische Ansatz der Öffentlichkeit, der weitgehend ohne den konkreten Raum auskommt, mit einer Vorstellung des öffentlichen Stadtraums verknüpft werden. Diesen Gedanken möchte ich jetzt abschließend kurz vorstellen.

3. Öffentlichkeit, Stadt und Demokratie

Die Ausführungen des ersten Teils meines Referats haben gezeigt, dass die Konzeption der Öffentlichkeit aus einer demokratiethoretischen Perspektive nicht auf den Inhalten der öffentlichen Verhandlung basiert. Die Themen, über die ein politisches Gemeinwesen debattiert und dadurch eine gemeinsame Welt erschafft, sind prinzipiell unbegrenzt und davon abhängig, ob sich (Teil)Öffentlichkeiten konstituieren, die ihre Anliegen zu einem öffentlichen Thema machen. Aus den prozeduralen Überlegungen zur Diskursethik lässt sich ableiten, dass es die gerechten Verfahren der Kommunikation sind, die dafür sorgen, dass sich prinzipiell alle Menschen am öffentlichen Diskurs beteiligen können und nicht durch Zwang oder Gewalt daran gehindert werden. Alle diskursfähigen Subjekte können, mit Habermas gesprochen, unterschiedliche Wünsche und Bedürfnisse, in Hannah Arendts Diktion zahllose Aspekte und Perspektiven in die Öffentlichkeit bringen. Als Differenten im außerdiskursiven Kontext begegnen sie sich im Diskurs als Gleiche.

Wenn heute ein Funktionsverlust des öffentlichen Raums beklagt wird, dann ist vom Verschwinden des öffentlichen Raums die Rede, von seiner Privatisierung und Kommerzialisierung. Da ist sicher etwas Wahres daran, denn mit diesen Tendenzen geht auch der Verlust an Regeln einher, wenn die Idee des öffentlichen Raums als Gemeingut verloren geht. Regellosigkeit vernachlässigt die de-

mokratische Gleichheit aller bei der Schaffung der gemeinsamen Welt. Hier müssen Verfahrensregeln etabliert werden, um die Gleichheit aller im öffentlichen Raum zu bewahren. Regellosigkeit nützt den Starken und schwächt die Schwachen.

Andererseits – Schauen wir genauer hin, was in den öffentlichen Räumen der Stadt heute passiert: Frauen nehmen ganz selbstverständlich den öffentlichen Raum in Anspruch, in dem sie historisch nicht vorgesehen waren. Demonstrationen gegen ungerechte soziale Verhältnisse finden heute nur noch selten als Protestzug durch die Straßen statt, sondern werden sichtbar durch die wachsende Zahl an Armen und Wohnungslosen. Junge Migrant*innen halten sich tagsüber auf Plätzen und Parks auf, weil sie keinen Arbeitsplatz und keine Chancen auf sozialen Aufstieg haben. Diese öffentliche Präsenz macht gesellschaftliche Entwicklungstendenzen sichtbar und hörbar, positiv wie negativ, und bringt Differenz in die Öffentlichkeit, in der alle auf ihre Weise, aber als Gleiche handeln.

Der öffentliche Raum der Stadt ist der Raum, in dem Differenzen konkret sichtbar und hörbar sind. Männer, Frauen, Junge, Alte, Reiche, Arme, Zugewanderte und Alteingesessene – sie alle sehen und hören von einer anderen Position aus, ihre Präsenz wird von den je anderen gesehen und gehört. Ihr sozialer Status, ihr kultureller Hintergrund und ihre Wertorientierungen mögen sie voneinander unterscheiden, aber als Bewohner*innen der Stadt sind sie als prinzipiell Gleiche im öffentlichen Raum präsent. Dieser öffentliche Raum ist kein Ort der Gefühligkeit oder der Konfliktfreiheit, ganz im Gegenteil. Die Differenzen bringen ja ihre unterschiedlichen Anliegen in die Öffentlichkeit hinein, das schafft Konflikte.

Was die Stadtplanung hier leisten muss, ist es, die Verfahren bereit zu stellen, nach denen die gemeinsame Welt verhandelt werden kann. Der öffentliche Raum der Stadt ist kein regelloser Raum, er braucht Kommunikationsregeln, um die demokratische Gleichheit der räumlichen Präsenz zu sichern.

Literatur

Arendt, Hannah (¹1999/1958): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München/Zürich: Piper (engl. Orig.: *The Human Condition*, 1958)

Bauhardt, Christine (Hg.)(2004): *Räume der Emanzipation*. VS Verlag für Sozialwissenschaften

Benhabib, Seyla (1991): Modelle des öffentlichen Raums: Hannah Arendt, die liberale Tradition und Jürgen Habermas. In: *Soziale Welt*, 42. Jg./1991, S. 147-165

Frank, Susanne (2003): *Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts*. Opladen: Leske + Budrich

Fraser, Nancy (2001): Neue Überlegungen zur Öffentlichkeit. Ein Beitrag zur Kritik der real existierenden Demokratie. In: dies.: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 107-150

Habermas, Jürgen (¹³1982/1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Habermas, Jürgen (1983): Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Holland-Cunz, Barbara (1994): Öffentlichkeit und Intimität – demokratietheoretische Überlegungen. In: Biester, Elke u.a. (Hg.): Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion. Frankfurt/New York: Campus, S. 227-246

Paravicini, Ursula u.a. (2002): Neukonzeption öffentlicher Räume im europäischen Vergleich. Forschungsbericht. Hannover: NFFG

Ritter, Martina (2008): Die Dynamik von Privatheit und Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften. VS: Verlag für Sozialwissenschaften

Selle, Klaus (2003): Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Analysen, Positionen, Konzepte (2. erweiterte und aktualisierte Auflage). Aachen, Dortmund, Hannover: AGB Berichte No. 49